

Protokoll des Einwohnerrates**20. Januar 2021**

Vorsitz	Pascal Schlegel, Einwohnerratspräsident (SVP)
Protokoll	Stefan Wagner, Gemeindeschreiber II
Präsenz	32
Ort	Campus-Saal, Bahnhofstrasse 5, Windisch
Entschuldigungen	Nadine Fischer (SP) Ilaz Kadriji (SP) Miguel Vogt (SP) Martin Weber (SP) Stephan Häberli (SVP) Naomi Rupp (SVP) Werner Rupp (SVP) Karin Hefti (FDP)
Aufschaltung Axioma	30. März 2021
Genehmigung	Dieses Protokoll gilt gemäss § 26 der Gemeindeordnung als genehmigt, wenn nicht bis zum 19. April 2021 Abänderungen oder Ergänzungen beim Büro des Einwohnerrates schriftlich verlangt werden.

Protokoll des Einwohnerrates**20. Januar 2021**

Pascal Schlegel, Einwohnerratspräsident (SVP), heisst die Mitglieder des Einwohnerrates, des Gemeinderates und die anwesenden Pressevertreter zur Sitzung im Campussaal willkommen.

T r a k t a n d e n l i s t e

- 1 Inpflichnahme Kathrin Büchli (EVP) als Mitglied des Einwohnerrates
- 2 Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten 20.01.2021
- 3 Verpflichtungskredit Schulanlage Rütenen; Sanierung Dach
- 4 Verpflichtungskredit Erneuerung Tulpen- und Pappelweg
- 5 Kreditabrechnung Ersatz Beleuchtungsanlage Sportanlage Dägerli; Genehmigung
- 6 Kreditabrechnung Planerevaluation Neubau Schulanlage Dohlenzelg; Genehmigung
- 7 Motion SP-Fraktion "Gemeinnütziger Wohnungsbau im Gebiet Winkel"; Beantwortung
- 8 Motion Luzia Capanni (SP) und Mitunterzeichner betreffend Integration Windisch; Mündlicher Zwischenbericht
- 9 Postulat Fredy Bolt (SP) "Errichtung eines Brunnens auf dem Campus-Platz"; Mündlicher Zwischenbericht
- 10 Postulat Fabian Schütz (SVP) "Kinderbetreuung"; Überweisung
- 11 Beantwortung von gestellten Fragen 20.01.2021
- 12 Mitteilungen des Gemeinderates 20.01.2021
- 13 Neueingänge

1 Inpflichnahme Kathrin Büchli (EVP) als Mitglied des Einwohnerrates

Pascal Schlegel, Einwohnerratspräsident (SVP), nimmt gestützt auf die Bestimmungen des Geschäftsreglements des Einwohnerrates für den Rest der Amtsperiode 2018/2021 in Pflicht:

Kathrin Büchli (EVP)

2 Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten 20.01.2021

Pascal Schlegel, Einwohnerratspräsident (SVP):

Einwohnerratssitzung März

Mangels Geschäften findet die Sitzung im März nicht statt. Aus diesem Grunde wird wahrscheinlich der Ersatztermin im Juni beansprucht werden müssen.

Einwohnerratsprotokolle

Das Protokoll der Sitzung vom 28. Oktober 2020 wurde in den letzten Tagen fertiggestellt. Allfällige Änderungsanträge sind bis am 22. Februar 2021 einzugeben. Die Änderungsanträge zum Protokoll der Sitzung vom 2. September 2020 werden in der Bürositzung vom 11. Mai 2021 besprochen.

3 Verpflichtungskredit Schulanlage Rütenen; Sanierung Dach

Max Gasser, Gemeinderat (FDP): Marderschäden erfordern eine dringende Sanierung des Daches der Schulanlage Rütenen. Diese Sanierung hat keinen Zusammenhang mit der Strategie Schulraumplanung. Die 2016 erarbeitete Zustandsanalyse aller Schulbauten ist die Basis für die Festlegung der Dringlichkeiten. Die Schülerzahlen und das umfangreiche Variantenstudium waren für den Strategiewechsel massgebend, die Quartierstandorte zu stärken. Die Kindergärten sollen in die Schulanlagen integriert werden. So wie es der Lehrplan 21 vorsieht, soll der erste Zyklus Kindergarten, 1. und 2. Klasse, zusammengeführt werden.

Die Zustandsanalysen von Bürgi und Schärer attestieren dem Schulhaus Rütenen eine hochwertige Architektur, eine gute Bausubstanz, ein Dach, welches mit 10 cm gedämmt ist, abgedeckt mit asbesthaltigen Eternitplatten. Eine Gesamtsanierung wird in etwa 10 Jahren empfohlen und ist entsprechend im Finanzplan eingestellt, wäre da nicht dieser Marderschaden. Die einzelnen Sanierungsprojekte müssen aufgrund ihrer Dringlichkeit bearbeitet werden, sonst besteht die Gefahr, dass das Vertrauen verloren geht. Der Gemeinderat orientiert sich am Leitsatz aus den Legislaturzielen: „Wir setzen unsere finanziellen Mittel zielgerichtet und sparsam ein“. Der Einwohnerrat weiss, wel-

che Sanierungen anstehen. Die Mittel müssen gezielt eingesetzt werden. Projekte können nicht aus irgendwelchen Gründen vorgezogen werden, am Schluss kollabiert alles. Ich bitte den Einwohnerrat eindringlich, dem Verpflichtungskredit zuzustimmen.

Bruno Graf, Gemeinderat (SP): Ich vertrete die Interessen der Schule, welche vom Projekt auch betroffen ist. Die Dachsanierung ist dringend. Das Dach hat grosse Mängel und ist undicht. Die Schulleitung wurde stark einbezogen. Die Sanierung ist sehr zeitnah notwendig. Die Schule ist bereit 3 Klassen kurzfristig im Dohlenzelg zu unterrichten, damit keine Provisorien erstellt werden müssen. Die Gemeinde spart so rund CHF 100'000.00. Die Zustimmung dieser Botschaft ist für mich eine Frage der Gewichtung. Führen die von der FiGPK festgestellten Mängel in der Botschaft dazu, dass wir weiterhin Schüler und Lehrer in einem undichten Schulhaus arbeiten lassen oder ist es dem Einwohnerrat wichtiger eine nachgewiesene dringende Sanierung rechtzeitig an die Hand zu nehmen? Im Interesse und im Namen der Schule bitte ich, dem Kredit für die Sanierung des Daches des Rütenenschulhauses zuzustimmen.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Fredy Bolt, Sprecher FiGPK (SP): Der Gemeinderat will das Schulhaus in zwei Etappen energetisch erneuern, welche mindestens 10 Jahre auseinanderliegen. Die energetische Sanierung des schönen Schulhauses ist unbestritten. Die Botschaft lässt aber sehr viele Fragen offen. Wie erklärt sich die grosse Differenz bei den veranschlagten Kosten zwischen der Berechnung der Gebäudeausweise der Kantone und des zugezogenen Architekten? Weshalb folgt der Gemeinderat nicht dem Vorschlag des Gebäudeausweises, die Sanierung des Daches und der übrigen Gebäudehülle zusammen oder in kurz aufeinanderfolgenden Etappen zu realisieren? Der energetische Nutzen der Dachsanierung bis zur Sanierung der restlichen Gebäudehülle ist sehr klein. Ist es nicht preisgünstiger, gesamthaft zu sanieren? Und in diesem Zusammenhang: Wie kommt der Gemeinderat darauf, dass bei der zweiten Etappe anfangs 2030-er Jahre die nötigen Schulräume für eine temporäre Auslagerung der Klassen zur Verfügung stehen? Gemäss Schulraumplanung ist dies nicht der Fall. Weshalb werden die Dachflächen nach Südwesten nicht für Photovoltaik genutzt? Das Vorgehen des Gemeinderates mag eine

gute Lösung sein. Diese ist in der Botschaft nicht ersichtlich, sie wirkt nicht durchdacht. Es fehlt eine Kosten-/Nutzen-Analyse des vorgeschlagenen Vorgehens mit einer Gesamtsanierung. Weshalb die Empfehlungen des Gebäudeausweises nicht berücksichtigt werden, wird nicht erläutert. Es ist nicht einmal klar, weshalb der Gebäudeausweis erstellt worden ist. Die FiGPK ist sich einig, der Botschaft fehlt die nötige Qualität um einen Entscheid fällen zu können. Die FiGPK beantragt deshalb Rückweisung. Die offenen Fragen sind zu klären, anschliessend ist dem Einwohnerrat eine fundierte Botschaft vorzulegen.

Philipp Ammon (SVP): Dieser Rückweisungsantrag überrascht mich. Kann die FiGPK einen Rückweisungsantrag stellen? Dies kann ein einzelner Einwohnerrat, nicht jedoch eine Kommission. Der Bericht irritiert mich. Die FiGPK stellt mehr oder weniger begründete Fragen. Der Bericht ist sehr politisch gefärbt, nicht sachlich, fachlich, wie es Aufgabe der FiGPK wäre. Die Vorschläge wie Photovoltaik können diskutiert werden, es ist aber nicht Aufgabe der FiGPK dies zu thematisieren. Ich will eine Diskussion über dieses Geschäft und bitte die Rückweisung abzulehnen.

Pascal Schlegel, Einwohnerratspräsident (SVP): Die FiGPK kann einen Rückweisungsantrag stellen.

Stefan Fehlmann (EVP): Grundsätzlich ist es sinnvoll, das Gebäude aus dem Jahre 1978 zu dämmen. Ich schliesse mich Fredy Bolt an, die Diskussion über die Botschaft hat mehr Fragen ausgelöst, denn Antworten gegeben. Es beginnt gut, die Erneuerung des Daches wird vorgestellt, dann die Sanierung der Fenster und später der Ausbau des Gebäudes und die Erneuerung des Kindergartens. Schwierig wird es bei der Varietenauswahl unter 2.7, hier steht: „Im Rahmen der Projektbearbeitung wurden verschiedene Ausführungsvarianten für die Sanierung des Schulhauses inkl. Umgebung geprüft. Als realistisch umsetzbare, den Anforderungen gerecht werdende und wirtschaftliche Variante wurde die Variante C beurteilt.“ Aussagen zu den Varianten A und B fehlen. Muss die Variante C deshalb erwähnt werden, damit wird mehr Verwirrung ausgelöst, denn aufgeklärt. Im GEAK ist eine Variante A und B enthalten. Ich meine, dass ist nicht dasselbe, aber es ist nicht klar verständlich, was gemeint ist. Die Sanierung des Daches ist grundsätzlich unbestritten. Aber die Botschaft löst mehr Fragen aus, als sie Antworten gibt. Dies wird auch im Axioma ersichtlich, sieben Seiten

Fragen / Antworten aus dem Einwohnerrat. Die Botschaft, inkl. Titelbild und Anhang, umfasst 10 Seiten und überzeugt nicht. Die Kosten der Vorstudie sind gut gerechnet und die Differenz zum GEAK kann ich verstehen. Wir finden, die Botschaft muss als Ganzes zurückgewiesen und überarbeitet werden.

Elsbeth Hofmänner (CVP): Nicht nur der CVP, allen ist klar, dass das Dach saniert werden muss. Der bestehende Mangel muss rasch behoben werden und wir müssen in den sauren Apfel beissen. Es ist nicht möglich, nur eine Teilfläche des Daches zu sanieren. Ich habe gefragt, ob nebst dem Dach noch weitere Massnahmen notwendig sind. Das Dach ist dringend, alles andere kann zurückgestellt werden, selbst die Fenster in den Dachlauben. Die sehr teuren Elektroarbeiten könnte man auch zurückstellen und die Sanierung auf das Dach beschränken. Wird das Dach geöffnet, muss die Dämmung nachbearbeitet und auf den heutigen Stand gebracht werden. Die CVP lehnt die Rückweisung ab. Die Sanierung des Daches ist notwendig. Wir sind für unsere Sparmassnahmen bekannt. Wir kommen mit unseren finanziellen Wünschen nicht immer durch. Hier appellieren wir an die Verantwortlichen, im Moment nur das Allernotwendigste zu machen.

Bruno Kaufmann (FDP): Aufgrund der entstehenden Verzögerung bin ich gegen Rückweisung. Bald steht ein grosses Projekt an. Dieses wird wahrscheinlich noch grösser und andererseits wird der Einsatz von Provisorien dieses teurer werden lassen.

Max Gasser, Gemeinderat (FDP): Ich habe grosse Mühe mit diesem Rückweisungsantrag. Alle wissen, was geplant ist. Seit Jahren setzen wir uns intensiv mit der Schulraumplanung auseinander. Einwohnerrat und FiGPK sind eingebunden. Die Prioritäten sind allen bekannt, diese liegen beim Areal Dohlenzelg und bei allen Kindergärten. Der Gemeinderat hütet sich und hätte nie gewagt, von seiner Projektstrategie abzuweichen und ein Projekt für eine Gesamtsanierung zu unterbreiten. Ich gebe Fredy Bolt recht, wird eine vorgezogene Gesamtsanierung ins Auge gefasst, hat es selbstverständlich offene Fragen. Die Botschaft hat die Dachsanierung zum Inhalt, dazu gibt es keine offenen Fragen mehr und das Dach kann saniert werden. Nach Abschluss der Reparatur kann auf dem geeigneten Teil eine Photovoltaikanlage installiert werden. Diese ist jedoch nicht Bestandteil der Botschaft. Es ist schwierig, wenn man sich so verhält, als

hätte man keine Ahnung was geplant ist. Die Gesamtsanierung des Dohlenzelgshulhauses wird nach hinten geschoben und erst in Zusammenhang mit der Sanierung der Kindergärten Klosterzelg und Kornfeld angegangen. Ich rufe in Erinnerung, dass wir im Kornfeld eingemietet sind und der Kindergarten Klosterzelg mehr als sanierungsbedürftig ist. Die Architektur des schönen Schulhauses soll erhalten bleiben. Dies ist aus den Unterlagen ersichtlich. Es soll ein einfacher Erweiterungsmodulbau erstellt werden. Dieser wird jedoch erst bei der Gesamtsanierung benötigt, um Klassen unterzubringen. Ist die Gesamtsanierung abgeschlossen, kann allenfalls die 1. und 2. Klasse darin untergebracht werden. Vielleicht haben wir in 10 Jahren neue Erkenntnisse. Je nach Entwicklungsstand der Gemeinde und des Quartiers ist es allenfalls möglich, Klassen aus dem Dohlenzelgshulhaus wieder zurückzuführen. Diese Fragen sind selbstverständlich noch offen und können heute nicht beantwortet werden. Heute geht es einzig und allein um die Dachsanierung.

Elsbeth Hofmänner (CVP): Ich bringe noch einen anderen Aspekt ein. Aus der Beantwortung der Fragen war ersichtlich, dass die Fenster nicht in erster Dringlichkeit ersetzt werden müssen. Es ist deshalb sinnlos, jetzt die Fassade zu sanieren. Es ist nicht nachhaltig, Fenster zu ersetzen, deren Lebensdauer nicht erreicht ist. Wird die Fassade auf Wunsch gewisser Parteien saniert, ist genau dies der Fall.

Fredy Bolt (SP): Der Gemeinderat spricht von einer Notmassnahme. Kann man bei CHF 800'000.00 von einer Notmassnahme sprechen? Nach Ansicht der FiGPK müsste eine Notmassnahme entsprechend dargestellt und geplant werden. Heute haben wir eine Art Zwitter: Eine Teilsanierung, bei der man sich fragen muss, ob sie ökonomisch günstig und effizient ist. Energetisch ist sie alles andere als effizient. Ich halte am Rückweisungsantrag fest.

Giovanna Feusi (SP): Die Gesamtsanierung war weder in der FiGPK, noch in unserer Fraktion ein Thema. Es wird Rückweisung beantragt, weil wir zu wenige Entscheidungsgrundlagen über die Variantenauswahl haben. Kann aufgrund der Variantenauswahl die Sanierung nachvollzogen werden und die offenen Fragen beantwortet werden, dann stimmen wir zu. In dieser Botschaft fehlt zu viel Wesentliches und wir konnten es nicht nachvollziehen. Wir wollen keine bestimmte Variante.

Thomas Wernli (SP): Grundsätzlich wird von Varianten gesprochen. Es ist jedoch eine Notmassnahme und keine Variante. Weshalb werden Varianten geprüft, wenn nur das Dach saniert werden muss? Eine Frage ist auch, ob die GEAK-Analyse für die Budgetierung der Kosten benötigt wurde. Der budgetierte Betrag entspricht ziemlich genau der Sanierung von Dach und Fassade. Es wäre fahrlässig, nicht bereits eine Grobkostenschätzung zu machen. Ist die Sanierung wirklich so dringend, hätte man die Botschaft bereits letztes Jahr bringen können. Die Grobkostenschätzung hätte nach GEAK erstellt werden können, dieser weist auf den vorhandenen Marderschaden hin. Der Einwohnerrat wird wieder unter Zeitdruck gesetzt. Die Variantenstudien der Verwaltung liegen jedoch nicht vor. Die Sanierung der Fassade könnte gut auch ohne zusätzliche Provisorien erfolgen. Das Haus hat ein Schrägdach. Wenn oben die Fenster ausgetauscht werden, können die Schulzimmer unterhalb davon nicht benutzt werden. In dieser Zeit kann die Fassade gemacht werden. Dies hat nichts mit einem Provisorium zu tun. Deshalb sind wir teilweise für eine Rückweisung.

Max Gasser, Gemeinderat (FDP): Zu den Varianten. Der Gemeinderat will nur realisieren, was finanziell verkraftbar ist. Basis ist das Schulraumplanungskonzept. Wir werden sicher nicht was im Finanzplan in 10 Jahren geplant ist, plötzlich vorziehen. Deshalb soll nur das Dach saniert werden. Zusätzliche Abklärungen bei der Sanierung der Fassade und der Fenster erfordern weitergehende Schritte. Die sanitären Anlagen müssen ebenfalls überprüft werden. Im Innern des Hauses hat es hinter den Fliesenklebern und den Novilonbelägen Asbest. Dies wird erst im Rahmen der Gesamtsanierung behoben und steht ausser Diskussion. Die Sanierung des Dachs ist dringend, deshalb wird es jetzt beantragt. Das Problem sind einmal mehr die hohen Kosten. Die Beantwortung der vielen Anfragen kann nachgelesen werden. Das Problem ist die Eternit-Abdeckung. Es ist nicht möglich, schnell das Dach zu öffnen und zu reparieren, was defekt ist. Beim Öffnen muss der Eternit und der Asbest entfernt und fachgerecht entsorgt werden. Das Dach muss neu gedeckt werden und dies verursacht hohe Kosten. Es lohnt sich, diese Arbeiten jetzt auszuführen. Auch vom Dämmwert her verschaffen wir uns Vorteile. Alles andere ist 2010 neu gestrichen worden.

Offene Abstimmung Rückweisungsantrag Fredy Bolt (SP)

Der Einwohnerrat fasst mit 17 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s :

Der Einwohnerrat stimmt der Rückweisung zu.

4 Verpflichtungskredit Erneuerung Tulpen- und Pappelweg

Matthias Treier, Gemeinderat (FDP): Als nächstes Projekt im Rahmen der koordinierten Werterhaltung steht die Erneuerung des Tulpen- und Pappelweges an. Die Unterlagen und die Beantwortung der gestellten Fragen konnten im Axioma eingesehen werden. Ich gehe deshalb auf das Projekt nicht mehr ein.

Gerne informiere ich über die koordinierte Werterhaltung und die Planung, welche durch die Fachleute der Verwaltung erarbeitet wird. Der Einwohnerrat hat an der letzten Sitzung die Globalkredite für die Abwassersanierungen und für die Erneuerungen bei der Wasserversorgung gutgeheissen. Die Verwaltung hat die Liste mit den nächsten Projekten für beide Werke und die koordinierte Werterhaltung einem Update unterzogen. Es war geplant, mit dieser Botschaft die erneuerte Liste mit den nächsten anstehenden Projekten der koordinierten Werterhaltung und den Globalkrediten abzugeben. Dies wird zu Recht immer wieder gewünscht. Wichtige Player mussten leider mehrmals in Corona-Quarantäne. Dies hat die Zusammenarbeit erschwert und wir konnten die Informationen nicht rechtzeitig für diese Sitzung bereitstellen. Der Gemeinderat weiss um diese Pendenz gegenüber dem Einwohnerrat. Die Planung ist mittlerweile digital unterwegs. Die FiGPK konnte im Sommer einen ersten Einblick nehmen und war von der Qualität der Planung sehr angetan. Wir bitten den Kredit zu genehmigen.

Daniel Brassel, FiGPK (EVP): Die FiGPK erachtet die Botschaft als sehr gut und plausibel und sorgfältig ausgearbeitet. Es entstanden nur wenige Fragen, wie zum Kostenteiler, den wir geprüft haben und als sinnvoll erachten. Der angesprochene Zusammenhang mit den bewilligten Rahmenkrediten für Wasser und Abwasser wird die FiGPK zu einem späteren Zeitpunkt nochmals überprüfen. Die FiGPK empfiehlt die Genehmigung des Verpflichtungskredites.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Ulrich Widmer (SP): Die SP stimmt den Anträgen zu. Eine Anmerkung zur Werterhaltungsstrategie: Wir hätten sehr begrüsst, wenn die Vorlage auf der aktualisierten und überarbeiteten Strategie basieren würde, ein zentrales Steuerungsinstrument. Es ist schon seltsam, dass die internen Workshops zur Werterhaltungsplanung erst im Dezember durchgeführt werden sollten. In diesem Zeitpunkt war das heutige Geschäft mehr oder weniger fertig bearbeitet. So wie ich die Grundlagen von Strategie und Umsetzung verinnerlicht habe, kommt zuerst die Strategie, dann die Umsetzung. Diese Reihenfolge hat sich trotz Corona nicht verändert. Die SP erwartet rasch möglichst die Aktualisierung der Unterlagen.

In diesem Zusammenhang noch zwei Fragen an den Gemeinderat: 1. Haben sich die internen Workshops zeitlich konkretisiert oder ist die Verwaltung immer noch durch corona-technische Kollateralschäden lahmgelegt? 2. Wann genau dürfen wir mit dem überarbeiteten Strategiepapier rechnen?

Toni Burger (CVP): Das Kreditbegehren für die Strassen und Werkleitungserneuerungen wird in der Vorlage umfassend begründet. Unsere Fragen wurden im Vorfeld beantwortet, besten Dank an die Abteilung Planung und Bau. Die Kreditanträge basieren auf dem Kostenvorschlag des Ingenieurbüros. Wir hoffen, dass die eingerechneten üblichen Reserven nach SIA-Normen nicht beansprucht werden. Dem Zugang der Anwohner ist während der Bauphase grosse Aufmerksamkeit zu schenken. Frühzeitige und folgerichtige Informationen müssen während dem Bau erfolgen, die Zugänge zu den einzelnen Liegenschaften gut organisiert werden. In diesem Gebiet sind die Verhältnisse teilweise sehr schmal. Wir hoffen, dass die Sanierung der Dorfstrasse diesen Frühling realisiert wird. Wir stimmen den Anträgen des Gemeinderates zu.

Bruno Kaufmann (FDP): Viele Hausbesitzer haben Bilder ihrer Kanalisation erhalten. Die Situation wurde seriös untersucht. Ich glaube dem Bericht der Steinmann Ingenieure, dass bei der Kanalisation im Pappel- und Tulpenweg dringender Sanierungsbedarf besteht. Auch optisch ist sichtbar, dass eine Sanierung notwendig ist im Rahmen der Werterhaltung. Nicht alle Botschaften waren in den letzten Jahren gut, bei dieser Vorlage scheint nichts zu fehlen. So wurde an die Velofahrer und die Archäologie gedacht. Die FDP-Fraktion unterstützt die Anträge einstimmig.

Daniel Brassel (EVP): Die EVP ist vom vorliegenden Projekt überzeugt und erachtet dieses als sinnvoll. Der Zusammenhang und das Integrieren in die koordinierte Werterhaltungsstrategie hat uns gefehlt und wir freuen uns, wenn wir die entsprechenden Unterlagen rasch erhalten. Dies hilft, zukünftige Projekte in Zusammenhang mit der koordinierten Werterhaltung besser einzuordnen. Wir unterstützen diese Vorlage ebenfalls.

Philipp Ammon (SVP): Wir haben leider coronabedingte Ausfälle, ich gebe deshalb das Votum stellvertretend für Stephan Häberli ab. Die Unterlagen sind sehr umfangreich und vollständig. Stephan Häberli ist bei der ABB für die Sicherheit zuständig und hat die Vorlage genau geprüft. Es ist ihm ein Anliegen, positiv hervorzuheben, dass es sehr gut ist wenn ein Arbeitgeber in seinen Projekten dem Thema Sicherheit diese Wichtigkeit schenkt, welche hier zum Ausdruck kommt. Wir von der SVP werden das Projekt unterstützen.

Matthias Treier, Gemeinderat (FDP): Ich beantworte gerne die Fragen von Ueli Widmer. Der erste Teil der internen Workshops hat stattgefunden. Die Unterlagen werden bis zur nächsten Sitzung des Einwohnerrates vorliegen.

Offene Abstimmungen

Der Einwohnerrat fasst mit 32 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat genehmigt den Verpflichtungskredit von CHF 350'000.00 für die Erneuerung des Tulpen- und Pappelweges zulasten der Investitionsrechnung der Einwohnergemeinde.

Der Einwohnerrat fasst mit 32 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat genehmigt den Verpflichtungskredit von CHF 695'000.00 für die Erneuerungen der Abwasserleitungen des Tulpen- und Pappelweges zulasten der Investitionsrechnung der Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung.

Der Einwohnerrat fasst mit 32 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat genehmigt den Verpflichtungskredit von CHF 525'000.00 für die Instandsetzungen der Wasseranlagen des Tulpen- und Pappelweges zulasten der Investitionsrechnung der Spezialfinanzierung Wasserversorgung.

Der Einwohnerrat fasst mit 32 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat genehmigt den Verpflichtungskredit von CHF 355'000.00 für die Instandsetzungen der Elektroanlagen des Tulpen- und Pappelweges zulasten der Investitionsrechnung der Spezialfinanzierung Elektrizitätswerk.

5 Kreditabrechnung Ersatz Beleuchtungsanlage Sportanlage Dägerli; Genehmigung

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Diskussion.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 32 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Die Kreditabrechnung „Ersatz der Beleuchtungsanlage auf der Sportanlage Dägerli“ wird genehmigt.

6 Kreditabrechnung Planerevaluation Neubau Schulanlage Dohlenzelg; Genehmigung

Max Gasser, Gemeinderat (FDP): Der Gemeinderat hat den Einwohnerrat, die Echo-gruppe und die FiGPK immer offen über die zu erwartenden Mehrkosten informiert. Diesen Hinweis vermisste ich im FiGPK-Bericht.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Martin Gautschi (FDP): Ich vertrete Karin Hefti, die infolge eines Bänderrisses nicht anwesend sein kann. Ich verlese ihr Votum, welches der Meinung der FDP entspricht. Der Kredit ist um fast CHF 26'000.00 oder 11% überschritten. Mir ist nicht klar, weshalb die Planerteams von fünf auf sechs erhöht wurden. Wir fragen uns, ob das interne Kontrollsystem funktioniert. Hier ist es umfangmässig nicht so tragisch. Bei den grossen Investitionen für das neue Schulhaus Dohlenzelg ist das Funktionieren des internen Kontrollsystems sehr wichtig. Hier hat es nicht sauber funktioniert, bei den anstehenden Projekten muss dies ändern. Die FDP hat Stimmfreigabe beschlossen.

Elsbeth Hofmänner (CVP): Wir stimmen der Kreditabrechnung zu, weisen aber noch auf einige Punkte hin. Die Erhöhung der Planerteams ist auch uns aufgefallen. Diese Frage hätte bereits zu Beginn geklärt werden müssen. Speziell ist der Beschluss, noch eine Frau in die Jury zu wählen. Dies hätte ebenfalls am Anfang fixiert werden müssen, eine gemischte Zusammensetzung kann Vorteile haben. Aus gestalterischer und architektonischer Sicht ist es richtig, dass zwei Fachrichter dabei waren. So macht es Sinn, zusätzlich eine Frau ins Boot zu holen.

Fragwürdig ist die Entschädigung der Schulvertretungen und der Fachexperten ohne Stimmrecht. Die Mitglieder des Einwohnerrates investieren sehr viel Zeit und arbeiten in Arbeitsgruppen oft ohne Entschädigung. Hätte man dies nicht auch von den Schulvertretungen erwarten dürfen? Es geht nicht um den Betrag, aber man hätte diese Leute dazu bewegen können, dass sie für das Dabeisein nicht noch entschädigt werden.

Offene Abstimmungen

Der Einwohnerrat fasst mit 32 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Die Kreditabrechnung „Planerevaluation Neubau Schulanlage Dohlenzelg“ wird genehmigt.

7 Motion SP-Fraktion "Gemeinnütziger Wohnungsbau im Gebiet Winkel"; Beantwortung

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Mirjam Aebischer (SP): Die Botschaft zum gemeinnützigen Wohnungsbau ist sehr fundiert. Als Grundlage dient ein interessantes Workbook der beauftragten Firma. Gemeinnütziger Wohnungsbau ist ein attraktives und wichtiges Angebot einer Zentrums-gemeinde wie Windisch. Verschiedene Areale in der Gemeinde wurden auf ihr Potential für die Realisierung von gemeinnützigem Wohnungsbau geprüft, was sehr interessant ist. Es wird dann etwas kryptisch, wenn ich die Schlussfolgerungen des Workbooks mit dem Raster des Workbooks für die Entwicklungsareale vergleiche und zum Schluss die Würdigung des Gemeinderates lese. Da entsteht der Eindruck, es seien drei unterschiedliche Botschaften. Gemäss Schlussfolgerungen des Workbooks, soll auf den gemeinnützigen Wohnungsbau im Winkel verzichtet, dafür im Chilefeld ein kleineres Projekt realisiert werden. Dies hätte den grossen Vorteil, dass die Gemeinde als Grundeigentümerin direkt Einfluss nehmen und umsetzen kann. Es tönt gut, dass die Ziele der Motion hier am besten umgesetzt werden können. Schade, dass der Gemeinderat die Umsetzung der Motion nicht auf das Chilefeldareal oder ein anderes gemeindeeigenes Areal umgepolt hat.

Entwicklungsareal: Das Areal im Winkel ist gemäss Liste der Entwicklungsareale am besten für die Umsetzung des Gemeinnützigen Wohnungsbau geeignet. Der grösste Teil des Landes ist im Besitze des Kantons. Dieser hat bereits kommuniziert, dass ihn

der gemeinnützige Wohnungsbau nicht interessiert und er das Land an den Meistbietenden verkaufen will. Allenfalls findet gemäss Pressebericht noch ein Landabtausch statt. Unklar ist, ob mit den anderen privaten Grundeigentümern eine Übereinkunft getroffen werden kann. Die Umsetzung scheint hier tatsächlich schwierig zu sein.

Die Würdigung des Gemeinderates: Er sieht es nicht als seine Aufgabe an, den gemeinnützigen Wohnungsbau zu fördern. Aufgrund des Berichtes hätten wir eine andere Haltung des Gemeinderates erwartet. Sehr schade, der Gemeinderat vergibt die Chance, einem vielfältigen Bevölkerungsmix gerecht zu werden und einen Beitrag an eine sehr attraktive Wohngemeinde zu leisten. Ebenso passt diese Haltung wenig zur sehr positiven Bewertung des gemeinnützigen Wohnungsbaus im Grundlagenbericht. Es darf nicht nur das Hochpreissegment im Wohnungsbau gefördert werden. Trotzdem beantragt der Gemeinderat, dass er eine gemeinnützige Trägerschaft bei einem konkreten Vorhaben unterstützt, besonders in den Verhandlungen mit dem Kanton. Da ist das Areal Winkel gemeint und der Gemeinderat nimmt sich viel vor. Es ist eine Herkulesaufgabe dies umzusetzen und wir glauben nicht daran, dass es gelingt. Wir stimmen trotzdem Antrag 1 zu. Antrag 2 lehnen wir ab, weil wir grosse Bedenken bezüglich Umsetzung haben. Wir wollen Resultate sehen, bevor wir die Motion abgeschrieben wird. Mit einer neuen Motion unserer Fraktion soll der Gemeinderat eingeladen werden, gemeinnützigen Wohnungsbau auf einem oder mehreren gemeindeeigenen Arealen umzusetzen.

Fabian Schütz (SVP): Aus welchen Gründen soll die Motion nicht abgeschrieben werden, obwohl eine neue Motion folgt?

Mirjam Aebischer (SP): Wir wollen das beim gemeinnützigen Wohnungsbau etwas passiert. Wir geben dem Gemeinderat die Möglichkeit, seine Lösung der Motion umzusetzen. Wir wollen aber ein Ergebnis sehen und wir bezweifeln, ob die Umsetzung gelingt. Deshalb soll die Motion nicht abgeschrieben werden. Die neue Motion beinhaltet die anderen Gebiete. Gestützt auf die detaillierte Analyse der Firma IVO haben wir gesehen, dass unsere Motion breiter und genereller hätte formuliert werden müssen. Es wäre dem Gemeinderat so allenfalls leichter gefallen, seinen Fokus auf eines der vorgeschlagenen Areale gemäss IVO-Bericht zu legen.

Toni Burger (CVP): Die CVP-Fraktion hat diese Vorlage intensiv diskutiert. Die Motion verlangt die Aufnahme einer weiteren Bestimmung bei den Bedingungen für die Gestaltungspflicht: 30% der Bruttogeschossfläche muss für gemeinnützigen Wohnungsbau festgesetzt werden. Grundsätzlich befürworten wir den gemeinnützigen Wohnungsbau. Der Einwohnerrat hat die Bau- und Nutzungsordnung am 07. November 2018 genehmigt, seit rund einem Jahr ist sie durch den Kanton genehmigt und rechtskräftig. Im Anhang 1 dieser BNO sind die Bestimmungen über die Gestaltungspflicht im Gebiet Winkel enthalten. Wir gehen mit dem Gemeinderat einig, die Motion wurde etwas zu spät eingereicht. Wird die Motion nicht abgeschrieben, wird eine Teilrevision der BNO notwendig. Der Anhang ist Bestandteil der BNO. Es muss ein Mitwirkungsverfahren und das Prüfungsverfahren beim Kanton durchgeführt werden, anschliessend muss der Einwohnerrat darüber befinden. Im Mitwirkungsverfahren dürfen die Eigentümer Einwände einbringen. Dieses Verfahren wird Jahre dauern und die Entwicklung im Winkel verzögert sich weiter. Gemäss Aussage von Vizepräsidentin Rosi Magon in der gestrigen Aargauer Zeitung muss die Planungssicherheit sichergestellt werden. Eine BNO-Revision ist deshalb erst nach 5 Jahren wieder möglich. Wir unterstützen deshalb die Anträge des Gemeinderates mehrheitlich, insbesondere, dass interessierte gemeinnützige Trägerschaften beim Landerwerb im Gebiet Winkel tatkräftig unterstützt werden. Es gibt interessierte Genossenschaften, welche für den Bau solcher Wohnungen in Frage kommen. Eine Frage ist bei Antrag 1 offen: Unterstützt der Gemeinderat interessierte Trägerschaften insbesondere im Gebiet Winkel, bei Landerwerbsverhandlungen im Zusammenhang mit dem Kanton? Wie werden Verhandlungen dieser Trägerschaften mit den privaten Grundeigentümern unterstützt? Wir behalten uns die Einreichung eines präzisierten Antrages 1 vor.

Rosi Magon, Vizepräsidentin (SP): Es werden insbesondere Verhandlungen mit dem Kanton unterstützt. Die beiden interessierten Genossenschaften sind mit dem Kanton bereits im Gespräch. Wir bieten auch Hand bei Verhandlungen mit Privaten.

Matthias Knecht (FDP): Eine gleichzeitige Umsetzung der 2000 Watt-Anforderungen und 30% gemeinnütziger Wohnungsbau erachtet die FDP als schwierig und schränkt die Möglichkeiten auch für Wohnbaugenossenschaften unnötig ein. Die FDP unterstützt deshalb die Abschreibung der Motion. Grundsätzlich stellt sich für uns die Frage, ob wir

mit einem Anteil von 7.7% gemeinnützigem Wohnungsanteil, gegenüber 1.8% im kantonalen Schnitt, unsere Aufgabe nicht bereits erfüllt haben. Gleichzeitig deutet die geringe Steuerkraft von 10% unter dem kantonalen Schnitt auf keinen Mangel an günstigem Wohnraum hin. Ein, wie in der Motion gefordert, Wohnen an zentraler Lage für alle Bevölkerungsschichten ist in Windisch eher für einkommensstärkere Schichten schwierig. Im Hinblick auf die kommenden finanziellen Herausforderungen weise ich nochmals auf den Leitsatz der Finanzstrategie hin: "Der langfristigen finanziellen Entwicklung schenken wir grösste Beachtung und handeln entsprechend". Die FDP unterstützt beide Anträge des Gemeinderates.

Fabian Schütz (SVP): Es ist unbestritten, gemeinnütziger Wohnungsbau hat seine Berechtigung. Matthias Knecht hat es erwähnt, unser Anteil des gemeinnützigen Wohnungsbaus liegt über dem kantonalen Durchschnitt. Beim Steuerertrag pro Kopf hingegen liegen wir darunter. Die erwähnte Bevölkerungsmischung ist bereits vorhanden, ich sehe keinen Bedarf dies zu verstärken. Im Sinne der Solidarität zwischen den Gemeinden im Aargau finde ich es bedenklich, dass wir uns noch mehr soziale Lasten aufbürden, während andere Gemeinden das gute Steuersubstrat abschöpfen. Die SVP unterstützt ebenfalls beide Anträge.

Martin Gautschi (FDP): Ich beleuchte noch einen anderen Aspekt: Am 9. Februar 2020 wurde die Initiative "Mehr bezahlbarer Wohnraum für Alle" an der Urne deutlich abgelehnt. Der Nein-Anteil lag schweizweit bei 57%, im Kanton Aargau bei 65%. Auch im SP-dominanten Windisch wurde die Initiative mit 57% Nein abgelehnt. Diese Motion politisiert deshalb am Volk vorbei, sogar in Teilen, wo die Motion herkommt. Dieser dogmatische Ansatz soll nicht weiterverfolgt werden. Mit den Auflagen 30% gemeinnütziger Wohnungsbau und 2000-Watt-Gesellschaft schaffen wir Auflagen, die investitionsunwillige Wohnbaugenossenschaften der Region aus dem Markt drängen. Ich weiss, diese Ansicht wird nicht von Allen geteilt. Die FDP ist klar für die Annahme der beiden Anträge.

Mirjam Aebischer (SP): Gemäss FDP sind 30% gemeinnütziger Wohnungsbauanteil und 2000-Watt nicht umsetzbar. Gemäss Schreiben der beiden Wohnbaugenossenschaft ist dies jedoch machbar. Sie können dies umsetzen und für ihre Wohnungen einen Marktpreis verlangen.

Gemeinnütziger Wohnungsbau heisst, dass die Wohnungen ohne Gewinn vermietet werden. Es hat absolut nichts mit sozialem Wohnungsbau zu tun. Es ist nicht vergleichbar, es handelt sich nicht um subventionierte Wohnungen. Die Mieten dieser Wohnungen basieren auf anderen Grundlagen. Das Steuersubstrat wird nicht negativ beeinflusst. Es handelt sich um normal verdienende Leute. Diese stammen nicht aus dem obersten Segment, dieses zieht wahrscheinlich ein Einfamilienhaus vor.

Bruno Schmid (SVP): Ich zitiere den Verfassungsartikel: "Gemeinnütziger Wohnungsbau spielt eine wichtige Rolle für die Wohnversorgung von Bevölkerungsgruppen, die auf dem Markt aus wirtschaftlichen oder sozialen Gründen benachteiligt sind". Neubauten, welcher einer 2000-Watt-Gesellschaft gerecht werden müssen, werden sicher keinen günstigen Wohnraum beinhalten. Da stellt sich die Frage, ob dies mit der Verfassung übereinstimmt. Es gibt genügend Artikel und Diskussionen in den Medien, wie fair oder unfair der gemeinnützige Wohnungsbau ist. Nach welchen Kriterien die Leute die Wohnung erhalten, weiss man nicht. Bei einem Punkt widerspreche ich: Es steht auf jeden Fall in Zusammenhang mit Bundesdarlehen, letztendlich ein Steuersubstratentzug für die Allgemeinheit.

Matthias Knecht (FDP): Zum sozialen Wohnungsbau: Auf Seite 31 im Bericht IVO "Gemeinnütziger Wohnungsbau Gemeinde Windisch" ist die Steuerkraft von potentiellen Anwohnern aufgeschlüsselt auf die einzelnen Grundstücke der Gemeinde Windisch.

Fabian Schütz (SVP): Entscheidend ist, wieviel Steuerkraft pro Person kommen wird. Bei 500 neuen Zuzügen mit tiefen Einkommen, haben wir logischerweise mehr Steuereinnahmen. 10 Jahre später müssen wir aber ein neues Schulhaus bauen. Die Steuerkraft pro Person ist entscheidend, ob wir Handlungsspielraum haben oder nicht.

Rosi Magon, Vizepräsidentin (SP): Mit dem Workbook der IVO haben wir eine sehr gute Grundlage erhalten, welche einen Gesamtüberblick über die Bedingungen für den gemeinnützigen Wohnungsbau schafft. Verschiedene diskutierte Punkte sind ausführlich erläutert. So das Thema Steuersubstrat und was gemeinnütziger Wohnungsbau ist. Die Anträge des Gemeinderates basieren auf diesem Bericht. Antrag 1: Wir wollen die beiden Wohnbaugenossenschaft unterstützen. Sie haben Interesse weiterhin genossen-

schaftlichen Wohnungsbau anzubieten. Im Bericht wird der grosse Vorteil erläutert, genügend solcher Wohnungen zu haben – auch für die Gemeinde. Die Menschen sind stärker verankert und identifizieren sich viel mehr mit dieser Situation. Die beiden Wohnbaugenossenschaften sind interessiert attraktiven Wohnraum anzubieten. Ihr Immobilienportfolio ist inzwischen etwas älter. Der Wohnraum muss nicht zwingend günstig sein. Es kann zeitgemässer Wohnraum sein, welcher den entsprechenden Energie-Standard aufweist. Deshalb die Anträge des Gemeinderates. Es ist vielleicht eine Herkulesaufgabe, aber wir versuchen diese zu lösen und die Genossenschaften, welche in diesem Bereich aktiv werden wollen, zu unterstützen.

Thomas Wernli (SP): Blockieren wir den Gestaltungsplan, sollte die Motion nicht abgeschrieben werden?

Rosi Magon, Vizepräsidentin (SP): Es ist nicht ganz klar, die Sache wird jedoch erschwert. Wie sollen wir so Verhandlungen führen? Diese 30% sind nicht rechtsgültig. Die Aufnahme dieser Bestimmung in die BNO erfordert eine Teilrevision und da sind wir auf den Goodwill der Investoren angewiesen. Ob wir die Motion wirklich erfüllen können, lässt sich heute noch nicht sagen.

Offene Abstimmungen

Der Einwohnerrat fasst mit 29 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Gemeinderat wird verpflichtet, dass er eine lokale oder in der Region verankerte gemeinnützige Trägerschaft bei einem konkreten und realistischen Vorhaben unterstützt, insbesondere bei Verhandlungen mit dem Kanton.

Der Einwohnerrat fasst mit 28 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Die Motion «Gemeinnütziger Wohnungsbau im Gebiet im Winkel» wird abgeschrieben.

8 Motion Luzia Capanni (SP) und Mitunterzeichner betreffend Integration Windisch; Mündlicher Zwischenbericht

Bruno Graf, Gemeinderat (SP): Der Zwischenbericht ist mittlerweile auch im Axioma einsehbar. Ich informiere über den Bearbeitungsstand dieser Motion, zwei Sachen sind wichtig. Mit grossem Arbeitsaufwand ist eine Zusammenarbeit mit dem Kanton gelungen. Dadurch wurde es möglich, mit dem Aufbau einer regionalen Integrationsfachstelle zu starten. Dies erfolgt mindestens in Zusammenarbeit mit der Stadt Brugg. Der Kanton schreibt alle Nachbargemeinden an und fordert sie auf, ein klares Statement bezüglich einer Zusammenarbeit in der regionalen Integrationsfachstelle abzugeben. Ziel ist im Mai 2022 starten zu können. Das Projekt wird durch den Kanton geführt, welcher auch den Aufbau finanziert.

In einem zweiten Teil haben wir abgeklärt, welche Schnittstelle beim Eintritt der Kinder in die Schule notwendig ist. Der Handlungsbedarf ist hoch. Leider wurden wir vom Kanton nicht für das Pilotprojekt ausgewählt. Wir haben Angebote, welche in Zusammenarbeit mit der Schule detailliert geprüft werden, um eine hohe Wirkung zu erzielen. Der detaillierte Zwischenbericht kann im Axioma eingesehen werden.

9 Postulat Fredy Bolt (SP) "Errichtung eines Brunnens auf dem Campus-Platz"; Mündlicher Zwischenbericht

Max Gasser, Gemeinderat (FDP): Im Rahmen der Umgebungsgestaltung des Neubaus Centurion Tower wird nahe der Steinackerstrasse eine Standsäule mit einem Wasserhahn installiert. Auf Knopfdruck kann Wasser bezogen werden. Die Realisierung erfolgt in den nächsten Monaten.

Philipp Ammon (SVP): Aufgrund des Baus des Centurion Towers gibt es einen Wasserspender für die Gemeinde?

Max Gasser, Gemeinderat (FDP): Wir haben dieses Anliegen in Zusammenhang mit der Umgebungsgestaltung beim Bauherren eingebracht. Er hat das Anliegen aufgenommen und somit kann die Öffentlichkeit per Knopfdruck Wasser beziehen.

10 Postulat Fabian Schütz (SVP) "Kinderbetreuung"; Überweisung

Fabian Schütz (SVP): Mit dem Reglement zu den Tarifen für die familienergänzende Kinderbetreuung hat der Einwohnerrat 2017 einen nationalen Volksentscheid umgesetzt. Dieser verpflichtet uns, eine Kinderbetreuungs-Infrastruktur zu erstellen und die Tarife für die tieferen Einkommen zu vergünstigen. Es handelt sich dabei nicht um eine soziale Leistung im eigentlich Sinn, da es für wirtschaftlich Benachteiligte andere Sozialleistungen, auf die spezifische Situation zugeschnitten, gibt. Die familienergänzende Kinderbetreuung will die Erwerbstätigkeit beider Elternteile fördern. Statistisch gesehen sind es meistens die Frauen, welche ihr Arbeitspensum zu Gunsten der Familie reduzieren. Somit kann man es auch als Förderung der berufstätigen Frauen bezeichnen. Was haben die Massnahmen gebracht? Verschiedene Untersuchungen weisen darauf hin, dass es insbesondere beim Mittelstand nicht gelingt, die Erwerbstätigkeit der Frauen oder das zweite Einkommen zu erhöhen. Der Grund ist, dass die Löhne zu hoch sind in diesem Bereich, sodass die Familien nicht von den individuellen Prämienvergünstigungen profitieren können. Gleichzeitig bezahlen sie die Maximaltarife für die Kinderbetreuung und werden bei den Steuern erheblich zur Kasse gebeten. Die Löhne in diesem Bereich sind jedoch nicht hoch genug, um diese Effekte wieder aufzuheben. Vom zusätzlich verdienten Betrag bleibt zu wenig übrig, ein höheres Pensum lohnt sich nicht. Um diese Familien geht es in meinem Postulat. In Windisch hat nicht einmal jede zweite Familie Anspruch auf den vergünstigten Tarif. Der Mittelstand ist sehr schwach abgedeckt. Mit der Überweisung dieses Postulats können wir den Anteil auf rund 60% der Haushalte erhöhen. Ich empfehle das Postulat zur Annahme um denjenigen Familien zu helfen, welche immer vergessen werden.

Bruno Graf, Gemeinderat (SP): Fabian Schütz fordert mit seinem Postulat vom 20. November 2020 das relevante Jahreseinkommen bei der familienergänzenden Kinderbetreuung von CHF 90'000.00 auf CHF 110'000.00 zu erhöhen. Eine wichtige Forderung ist, dass die Anpassung der Tarife kostenneutral gestaltet werden soll. Gemäss Reglement über die familienergänzende Kinderbetreuung, welches der Einwohnerrat am 25. Oktober 2017 genehmigt hat, liegt es in der Kompetenz des Gemeinderates, die Normtarife und Vergünstigungssätze bei Bedarf anzupassen. In der Botschaft wurde das massgebliche Einkommen auf CHF 90'000.00 fixiert und darauf hingewiesen, dass von

diesen Vergünstigungen bewusst die unteren und mittleren Einkommen profitieren sollen. Der Kanton verpflichtet die Gemeinden, ein Angebot für familienergänzende Kinderbetreuung zur Verfügung zu stellen und die Tarife den wirtschaftlichen Möglichkeiten der Erziehungsberechtigten anzupassen. Die Gestaltung der Vergünstigungen steht den Gemeinden frei, ebenso wo die Obergrenze liegen soll. Die Obergrenze von CHF 90'000.00 ist nicht willkürlich gewählt worden, sie ist im Vergleich mit umliegenden und anderen Gemeinden festgelegt worden. Die Spannweite der verglichenen Gemeinden liegt bei CHF 70'000.00 bis CHF 100'000.00. Mit der gewählten Lösung werden alle Vorgaben erfüllt. Familien mit einem Nettoeinkommen von bis zu CHF 89'999.00 profitieren von diesem Angebot. Ein steuerbares Nettoeinkommen von CHF 90'000.00 entspricht je nach Abzügen einem Bruttoeinkommen von CHF 130'000.00 bis CHF 140'000.00. Die genaue Berechnung und das Reglement zur familienergänzenden Kinderbetreuung kann auf der Website eingesehen werden. Der Gemeinderat erachtet die heutige Einkommensgrenze bei der familienergänzenden Kinderbetreuung als angemessen. Das Postulat von Fabian Schütz wird vom Gemeinderat nicht entgegengenommen.

Fabian Schütz (SVP): Es gibt Gemeinden im Kanton Aargau, welche eine Obergrenze von CHF 120'000.00 haben, so in Aarau. In Lenzburg ist die Limite bei CHF 110'000.00. Steuerbares Einkommen versus Bruttoeinkommen mag stimmen. Entscheidend ist jedoch, dass nur 47% der Familien, welche Kinder im schulpflichtigen Alter haben, vom vergünstigten Tarif profitieren können. Diese Zahl ist zu tief. Das Bruttoeinkommen ist sekundär, massgebend sind diese 47%.

Bruno Graf, Gemeinderat (SP): Dieser Prozentsatz mag stimmen. Die Frage ist, ob dies auf eine gute Bevölkerungsstruktur zurückzuführen ist. Schwierig ist die Forderung nach Kostenneutralität. Bei den geringeren Einkommen muss die Entschädigung reduziert werden, damit die sehr guten mittleren Einkommen profitieren können.

Fabian Schütz (SVP): Mittlere Einkommen sind nicht sehr hoch. Der Mittelstand ist definiert als 75% bis 150% vom Medianeinkommen. Das relevante Einkommen mit Abzügen von CHF 120'000.00 bis CHF 130'000.00 entspricht immer noch dem Mittelstand innerhalb dieser Gruppe.

Protokoll des Einwohnerrates**20. Januar 2021**

Toni Burger (CVP): Wichtigster Punkt bei diesem Postulat ist, dass die Gesamtsumme nicht erhöht wird. Dies hat zur Folge, Bruno Graf hat es erwähnt, dass untere Einkommen weniger erhalten. Wichtig wäre jedoch die Entlastung der unteren Einkommen. Bei einem Einkommen ab CHF 100'000.00 macht eine Vergünstigung, wenn ich das richtig interpretiere, pro Kind nicht mehr viel aus. Die CVP lehnt die Überweisung des Postulates ab.

Luzia Capanni (SP): Wir waren schon etwas erstaunt, dass sich Fabian Schütz von der SVP für die familienergänzende Kinderbetreuung einsetzt. Diesen Vorschlag können wir begrüßen. Dass die Anpassungen kostenneutral und zu Lasten von Menschen gehen, welche einiges schlechter dastehen, ist nicht akzeptierbar. Wisst ihr wie es diesen Menschen geht? Den meisten von uns hier im Saal geht es gut. Den Mittelstand auf Kosten der Schwächeren zu unterstützen, ist unglaublich unethisch. Geht es Fabian Schütz wirklich darum, den Mittelstand zu unterstützen, dann erwarte ich einen Antrag um Erhöhung der Kosten für die familienergänzende Kinderbetreuung. Dieser wäre durchaus diskussionswürdig.

Matthias Knecht (FDP): Ich gehe kurz auf die Sichtweise der FDP ein. Die Steuerprogression führt gerade beim Mittelstand häufig dazu, dass der zweite Elternteil nicht mehr arbeitet, weil der Vorteil eliminiert wird. Häufig fehlt nur wenig, damit der zweite Elternteil arbeiten würde. Wir unterstützen deshalb das Postulat von Fabian Schütz. Gleichzeitig empfehlen wir die Anpassung des Reglementes, dass die Unterstützung von familienergänzender Kinderbetreuung Eltern dienen soll, um in dieser Zeit einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Ansonsten wird eine Dienstleistung geschaffen, welche im schlimmsten Fall die Freizeit von Einzelnen durch die Allgemeinheit finanziert.

Fabian Schütz (SVP): Ich weiss nicht wie gut es in diesem Rat ist, wenn man andere politische Ansichten als unethisch bezeichnet. Sind andere Gemeinden wie Lenzburg oder Gebenstorf unethisch, weil sie tiefere Einkommen weniger stark unterstützen als Windisch? Waren wir vor 2013, als es noch keine vergünstigten Tarife gab, unethisch? Es gilt die Relationen zu behalten. Zur Idee, den Vorschlag zu bringen und mehr Gelder zu sprechen: Ich weiss nicht, in welcher wirtschaftlichen Realität ihr lebt. Leute verlieren ihren Job, sind in Kurzarbeit und Hochschulabsolventen finden keine Anstellung. Dies wird die Einnahmenseite unserer Rechnung belasten. Die SKOS rechnet mit 20%

Protokoll des Einwohnerrates**20. Januar 2021**

mehr Sozialfällen dieses Jahr. Dies wird die Ausgabenseite belasten. Deshalb wäre ein solcher Vorschlag unverantwortlich.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 9 Ja-Stimmen gegen 21 Nein-Stimme wie folgt

B e s c h l u s s :

Die Überweisung Postulat "Anpassung Tarife familienergänzende Tagesstrukturen" von Fabian Schütz (SVP) wird nicht überwiesen.

11 Beantwortung von gestellten Fragen 20.01.2021

Es wurden keine Fragen eingereicht.

12 Mitteilungen des Gemeinderates 20.01.2021Postulat Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Lager in Moira

Bruno Graf, Gemeinderat (SP): Es war vorgesehen, mit den weiteren Einwohnerratsgemeinden, eine gemeinsame Bereitschaft zu signalisieren. Dies hat sich verzögert, deshalb haben Brugg und Windisch entschieden, gegenüber der Städteinitiative "Sozialpolitik" zu signalisieren, dass wir bereit sind Flüchtlinge aufzunehmen. Für Windisch werden dies 6 Personen sein.

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP):

Veranstaltungen und Aktivitäten

Wie geplant findet am Montag, 25. Januar 2021 der erste Finanzworkshop statt. Wir freuen uns je eine Zweierdelegation begrüßen zu dürfen. Wie letztes Mal wird uns Markus Leimbacher durch den Prozess begleiten. Nicht, weil wir dies nicht selbst machen können, sondern damit wir unsere Aufgabe wahrnehmen können und sehen, wie die Fragen ankommen. Wir sind gespannt auf die Diskussion und hoffen, dass wir am

Schluss der Finanzworkshop-Serie, es ist noch unklar ob es zwei oder drei braucht, wissen, in welche Richtung die Finanzstrategie gehen soll. Bei diesem wichtigen Instrument braucht es Klarheit, welche Aufträge wir mit dem Baukredit für den Einwohnerrat und allenfalls das Volk erfüllen müssen.

In Zusammenhang mit der Abstimmung über den Projektierungskredit der Schulanlage Dohlenzelg war vorgesehen, am 30. Januar einen öffentlichen Informationsanlass durchzuführen. Sie konnten der Presse entnehmen, dass dieser nicht stattfindet. Wir gehen einen neuen Weg und werden eine digitale Botschaft erstellen, welche auf unserer Homepage eingesehen werden kann. Wir ermöglichen so, dass man sich im Vorfeld nicht nur über die Abstimmungsbroschüre, sondern auch über die Homepage informieren kann. Diese Möglichkeit haben Alle, auch diejenigen, welche coronabedingt nicht an Anlässen mit vielen Menschen teilnehmen sollten. Wir haben lange eine Lösung gesucht, um die Anzahl der Interessierten möglichst klein zu halten. Es kann aber schwierig werden, wenn mehrmals das Gleiche erzählt werden muss. Wir hoffen auf Unterstützung und vor allem, dass die Bevölkerung Fragen stellt, sei es per E-Mail oder in Briefform. Der Gemeinderat wird diese Fragen mit Unterstützung der Verwaltung so schnell wie möglich beantworten, auf die digitale Plattform stellen und ab und zu einen Pressebeitrag veröffentlichen. Dieser neue Weg erlaubt der Bevölkerung Fragen zu stellen, trotz Ausfall des Informationsanlasses. Herzlichen Dank an die Presse. Alle drei Zeitungen waren bei der Information letzte Woche anwesend und haben unseren Weg positiv aufgenommen.

Ein wichtiger Tag, heute wurde das Impfzentrum in der PDAG eröffnet. Dies wird nicht von der PDAG, sondern vom KSB geführt. Wie ich erfahren habe, hat die Parkierung hinter der Dorfturnhalle zu Fragen geführt. Das Impfzentrum in der PDAG musste durch das KSB in sehr kurzer Zeit aufgebaut werden. Die PDAG hat den Pavillon 6 geräumt, hier war eigentlich ein Umbau und der Einzug der Forensik geplant. Die PDAG hat den Pavillon, welcher eine sehr gute Struktur bietet, mindestens für ein halbes Jahr freigegeben, damit das Impfzentrum hier installiert werden kann. Der Zeitraum ist nicht definitiv und ist abhängig davon, wie lange die Aktion dauert. Sobald die Hausärzte ebenfalls impfen können, wird es wieder etwas anders aussehen. Die Schulhausleitung war in die Diskussionen für die Parkierung involviert. Es hat mich sehr gefreut, dass die Schule sofort Hand geboten hat für die Übergangslösung, dass bis 22. Februar

hinter der Dorfturnhalle parkiert werden darf. In der Zwischenzeit ist die PDAG gefordert, den aktuell nicht genutzten Parkplatz an der Gaswerkstrasse für das Impfzentrum zu öffnen. Es ist uns bewusst, dass hinter der Turnhalle nur vorübergehend parkiert werden darf. Die Kinder sollen die Aussenflächen wieder gesamthaft nutzen können. Der Kanton ist gefordert. Wir haben mögliche Flächen vorgeschlagen, welche im Eigentum des Kantons sind und somit keine Diskussionen nötig machen. Der Gemeinderat stellt dem Kanton den Parkplatz bei der Turnhalle kostenlos zur Verfügung. Der Kanton muss als Gegenleistung die Abschränkungen unterhalten und den Sicherheitsdienst gewährleisten. Ich durfte heute feststellen, dass gleich zwei Securitas an der Dorfstrasse stehen. Eine Person mit dem Augenmerk auf die Kinder, die andere Person klärt, warum sie zur Turnhalle fahren wollen. Ich hoffe dies bleibt so und ich hoffe auf den Goodwill des Quartiers für die kurze Zeit entstehende Mehrbelastung. Mit der Zufahrt über den Kreisel Bachthalen wird das Quartier später wieder entlastet.

Einwohnerratssitzung März

Die Botschaften für die März-Sitzung sind noch nicht weit genug bearbeitet, um sie dem Einwohnerrat vorzulegen zu können. Wir haben das Büro deshalb gebeten, diese Sitzung abzusagen.

Gleichzeitig bitte ich, den zweiten Termin im Juni fix zu reservieren. Aufgrund der in Bearbeitung stehenden Themen wird es zwei Sitzungen brauchen. Der Gemeinderat wird einen Weg suchen, die Unterlagen so zuzustellen, damit nicht am Schluss zwanzig Dokumente auf einmal diskutiert werden müssen.

Zwischenberichte Einwohnerrat

Der Gemeinderat möchte dem Einwohnerrat zu verschiedenen Projekten einen Zwischenbericht abgeben. Speziell spreche ich das IT-Projekt der Schule an, hier ist ein Zwischenbericht in Arbeit. Wir werden informieren, sobald er im Axioma eingesehen werden kann. Es macht Sinn, mit diesem Bericht nicht bis im Juni zu warten.

Mit der neuen Homepage haben wir eine sehr gute Plattform erhalten, die wir gerne nutzen. Ich bitte die Homepage zu nutzen um zu sehen, was läuft. Alle Projekte sind

aufgeschaltet, neue Projekte werden nachgeführt. Es ist eine neue Art der Kommunikation entstanden. Nicht möglich ist jeden Tag zu rapportieren, was wir machen. Ich bitte dies als allgemeine Information aufzunehmen. Es wird sonst nicht möglich sein, die Arbeit mit den bestehenden Pensen zu bewerkstelligen. Die Bewirtschaftung erfolgt gut und ich hoffe, dass wir diesen Level halten können.

Entschädigung Gemeinderat

Im Vorfeld der im Herbst stattfindenden Wiederwahlen ist auch die Entschädigung der Exekutive ein Thema. Der Gemeinderat hat das Thema aufgearbeitet und gesehen, dass kein Handlungsbedarf besteht. Der Benchmark zeigt, dass unsere Entschädigungen absolut im Rahmen des Kantons liegen, eher noch etwas höher. Der Gemeinderat wird keinen Antrag stellen auf Erhöhung der Entschädigung. Wir werden im Juni die Botschaft unterbreiten, weil die aktuellen Entschädigungen nur bis Ende 2021 gelten. Somit müssen die Entschädigungen ab 2022 neu beschlossen werden. Diese Information ist für allfällige Kandidaturen wichtig.

Ich danke für die Aufmerksamkeit und wünsche, dass wir diese Corona-Zeit gut durchstehen. Es ist keine einfache Zeit – ich sehe dies auch in der Verwaltung. Wir hatten bisher Glück, wir hatten nur einen positiven Fall. Er war in der Ansteckungszeit nicht in der Verwaltung und somit konnte der Personenkreis eingegrenzt werden. Ich bin glücklich, dass wir bisher gut über die Runden gekommen sind. Wir spüren es in der Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, dass es nicht überall so gut läuft wie bei uns. Es braucht Durchhaltewillen auch vom Verwaltungspersonal, welches soweit möglich im Home-Office arbeiten muss. Deshalb kann unsere Philosophie in der Verwaltung abteilungsübergreifend zu arbeiten, momentan nur sehr beschränkt umgesetzt werden. Ihnen allen eine gute Zeit, in der Familie, am Arbeitsplatz, "hebed Se sich Sorg, bliibed Sie gsund".

Pascal Schlegel, Einwohnerratspräsident (SVP): Ich schliesse mit den Worten von Heidi Ammon gerne an. Ich weiss es ist nicht lustig im Moment. Ich möchte nicht weiter ausschweifen, sonst wird es zu politisch. Verliert nicht eure Lebenslust, wir werden das irgendwie miteinander schaffen, nicht nur als Einwohnerrat sondern auch als Gesellschaft.

Protokoll des Einwohnerrates
20. Januar 2021



13 Neueingänge

Es wurden keine Neueingänge eingereicht.

Schluss der Sitzung: 20.50 Uhr

EINWOHNERRAT WINDISCH

Der Einwohnerratspräsident:

Der Gemeindeschreiber II: